

Den Saal besetzt

Die Studentenschaft sprengt Senatssitzung

Versuch, die Öffentlichkeit zu erzwingen

Der Vorstand der Studentenschaft hat am Montag den Senatssitzungssaal der Ruhr-Universität besetzt und damit den Abbruch der angesetzten Senatssitzung ausgelöst. Zahlreiche Studenten behaupteten ihren Platz etwa fünf Stunden lang. Gegen 17 Uhr gab ihr Sprecher mit dem Hinweis, es sei keine Aktivität mehr erkennbar, das Zeichen zum Aufbruch.

Der Rektor der Ruhr-Universität, Prof. Dr. Biedenkopf, nahm die Aufforderung der Studentenschaft an, an der heutigen Sitzung des Studentenparlaments teilzunehmen.

In einer Stellungnahme des Rektors heißt es u. a.: Der Vorstand der Studentenschaft habe die Besetzung mit der Absicht begründet, die Öffentlichkeit der Senatssitzung ohne ordnungsgemäße Erörterung eines entsprechenden Antrags

im Senat „durch Aktion“ zu erzwingen und den Senat zu veranlassen, außerhalb des für die Verfassungsberatung vorgesehenen Verfahrens sofort über Grundsatzfragen im Sinne ultimativ gestellter Forderungen zu beschließen.

Die Störung der Sitzung begann, als der Senat gerade über die Behandlung von Anträgen diskutierte, die die Studentenschaft eingebracht hatte. Der Rektor hat daraufhin die Sitzung abgebrochen.

Assistenten: Go-in verurteilt

In der Erklärung des Rektors wird u. a. auch darauf hingewiesen, daß in der Senatssitzung über die von der Studentenschaftskommission erarbeitete Hochschulordnung endgültig beschlossen werden sollte. Sie könne nun erst in der nächsten Sitzung verabschiedet werden.

Der Besetzung gingen auf den Fluren Diskussionen und Abstimmungen voraus. Von den 78 Teilnehmern stimmten 51 für das „Go-in“, 27 dagegen.

Ein Sprecher des AstA erklärte in den Abendstunden zur Stellungnahme des Rektors, Prof. Biedenkopf gebe keine Auskunft darüber, warum der Studentenschaft diese Öffent-

lichkeit von einer Minderheit herrschender Professoren verweigert werde. Die Studentenschaft fordere die Öffentlichkeit, um die Demokratie auch an der Universität voranzutreiben.

In einer Erklärung der Assistentenschaft heißt es, ihr Vorsitzender, der als Gast zur Frage der Öffentlichkeit von Senatssitzungen zugelassen war, habe sich scharf gegen das Ultimatum der Studenten ausgesprochen und das Go-in verurteilt. Der Vorstand der Assistentenschaft bezweifle, daß diese Methoden dazu beitragen, die auch von der Assistentenschaft gewünschte Neuordnung der Uni-Struktur zu fördern.